

Die «Schengen-Konferenz» wirkt sich auf Schweiz aus

EG-Länder entscheiden bald über ein Erstasylland-Abkommen

Definitiv im kommenden Dezember schliessen fünf EG-Staaten ein Erstasylland-Abkommen gegenüber Flüchtlingen. In Betracht ist auch die Schweiz betroffen.

Ein sogenanntes Erstasylland-Abkommen mit «Pilotfunktion für die gesamte europäische Asylpolitik» wird definitiv im kommenden Dezember in Belgien abgeschlossen. Die «Schengen-Konferenz» am 10. und 11. halbjährlichen Treffen in Rom (Luxemburg) beschloss, wie der bundesdeutsche Staatssekretär Waldemar Schreckenberger am Dienstag an einer Pressefahrt ausführte. In der «Schengen-Konferenz» zugegen war Frankreichs Europa-Ministerin Edith Cresson sowie die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre der vier weiteren EG-Staaten Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Niederlande und Luxemburg. Gemäss dem «weitgehend ausgehandelten» Teilvertrag – so Schreckenberger – wird die mehrfache Einreichung eines Asylgesuchs in verschiedenen westeuropäischen Staaten unmöglich gemacht werden. Die «Schengen-Gruppe» versteht sich als «Vorhut der EG».

Auch Strassburg ist nicht untätig

Die Vorwürfe dieses Abkommens auf die Schweizer Asylpolitik werden von Gottfried Zürcher, ranghoher Mitarbeiter des Flüchtlingsdelegierten, indirekt bestätigt. Zürcher hat im Rahmen des Europarates in Strassburg vor längerem selbst einen Vorschlag über ein Erstasylland-Abkommen eingebracht. Die Verhandlungen unter den 21 Mitgliedstaaten sind heute gemäss Zürcher «sehr weit fortgeschritten»; ein Abschluss wer-

de bald nach dem Schengen Vertragsabschluss erfolgen können.

Von Interesse für die Schweiz dürften noch andere Vertragsteile sein, welche die «Schengen-Gruppe» in einem halben Jahr unterzeichnen wird. So soll «der Informationsaustausch über zu erwartende Asylantenströme vereinheitlicht» und verdichtet werden, wie in Remich gesagt wurde; der Datenschutz bleibe dabei «voll gewahrt». Auch die Strafverfolgung von Drogenkonsum und -handel soll vereinheitlicht werden. Dort ist nach Meinung von Schweizer Drogenfachleuten die gegenüber der übrigen EG liberalere Position der Niederlande gefährdet. Die niederländische Staatssekretärin V. N. M. Korte-van Hemel ausserte in Luxemburg jedoch, ein Einlenken der BRD schein eher in Sicht als umgekehrt.

«Flüchtlinge sind keine Tomaten»

Gegen die «flüchtlingsfeindlichen» Ziele des Schengen Abkommens protestierten in Remich Fachorganisationen wie Amnesty International (Saarland und Luxemburg), Caritas Luxemburg und ein luxemburgisches Hilfswerk. Eine Mahnwache mit Spruchbandtexten wie «Flüchtlinge sind keine Tomaten» sollte die «Schengen-Gruppe» darauf hinweisen, dass die Vereinheitlichung des EG-Binnenmarkts nicht zu Lasten von sogenannten Randgruppen wie Flüchtlingen oder Drogenabhängigen gehen solle. Der Verhandlungsleiter von Schengen, Robert Goebbels, meinte dazu, er werde in den kommenden Wochen im Namen der «EG-Vorhut» mit den Opponenten das Gespräch aufnehmen.

Beat Leuthardt, Remich